

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Uwe Bartels: Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, gesellschaftliche Akzeptanz. Zukunftsstrategien für das Oldenburger Münsterland

Uwe Bartels

Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, gesellschaftliche Akzeptanz

Zukunftsstrategien für das Oldenburger Münsterland

„Abschließend sei bemerkt, dass die Lösung südoldenburger Probleme auch von südoldenburger Menschen angegangen werden muss. Dieses Referat sollte einen Denkanstoß hierzu liefern, einen Anstoß zur weiteren Diskussion.“ (Zitat von Jürgen Göttke-Krogmann aus der Violetten Reihe „Landwirtschaft im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie“ aus dem Jahr 1984).

Die Violette Reihe (herausgegeben vom Heimatbund für das Oldenburger Münsterland) befasste sich – zum Höhepunkt der öffentlichen Kritik an der intensiven Tierhaltung in Süddoldenburg sowie deren Auswirkungen auf Natur und Umwelt – mit den aktuellen Herausforderungen und Lösungsansätzen.

Die Themen von damals sind – fast vierzig Jahre danach – die gleichen wie heute. Unterschied zu damals: Die öffentliche Wirkung – auch in der Region Oldenburger Münsterland – ist heute sicherlich auch aufgrund der Medien und Berichterstattungen, aber auch aufgrund der gewachsenen Probleme, ungleich schärfer als in den 1970er-Jahren. Verstärkend wirkt auch der Wertewandel in der Gesellschaft, der, wen wundert es, auch in der heimischen Bevölkerung stattgefunden hat.

Von damals bis heute hat es immer wieder seriöse Ansätze gegeben, das wirtschaftliche Risiko einer gesellschaftlichen Ablehnung an der intensiven Form der Nutztierhaltung mit ihren ökologischen Folgen ernst zu nehmen. Ich erinnere an die freiwilligen Vereinbarungen zwischen Wirtschaft und Regierung zur Broiler- und Putenhaltung,



die der Beginn des als „Niedersächsischer Weg“ bekannt gewordenen Vorgehensweise war. Die im Jahr 2003 unterzeichnete Rahmenvereinbarung zwischen der Wirtschaft, der LWK (Landwirtschaftskammer) und der Landesregierung zum Nährstoffexport in Ackerbauregionen zählt ebenfalls dazu .

Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen wurden – wenn auch spät – für die Region durch einen Forschungsverbund Niedersachsen „FAEN“, beginnend im Jahre 2006, erarbeitet. Die Ergebnisse wurden 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt. Geschehen ist von offizieller Seite wenig. Allein die Geflügelwirtschaft hat für sich die Initiative ergriffen und wirkungsvolle Veränderungen in Zucht und Haltung vorgenommen.

Das Agrar- und Ernährungsforum Oldenburger Münsterland (AEF) hat sich, in einer Strategiedebatte auf Vorstandsebene 2012, dann auf Mitgliederebene, die Empfehlungen des Forschungsverbundes zu Eigen gemacht und durch Beschluss festgelegt, die Herausforderungen der Region pro-aktiv anzugehen. Das Ziel ist einerseits, die Agrar- und Ernährungswirtschaft zukunftsfähig zu machen und andererseits, eine „Licence to produce“ zu behalten und diese nicht durch Gesellschaft, Politik und LEH entzogen zu bekommen.

Wir haben festgestellt: Die besten und teuersten Imagekampagnen bringen wenig. Das Ansehen der Region ist durch die fortwährende Kritik an Fehlentwicklungen und Missständen – ob in dem Ausmaß wie bisweilen behauptet und ob immer gerechtfertigt, sei einmal dahingestellt – in den Medien negativ. Einzelne Verstöße gegen Umwelt- und Tierwohl werden pauschal der Branche, mehr noch der Region angelastet. Kampagnen, die darauf setzen, durch Erklärung das Meinungsspektrum zu verändern, sind weitestgehend wirkungslos. Der erfolgreichere Weg ist, sich offensiv zu Fehlentwicklungen zu bekennen und pro-aktiv an Veränderungen mitzuwirken. Dies auch zu einem Zeitpunkt, bevor die Politik mit dem Ordnungsrecht kommt.

Die großen Herausforderungen unserer Region sind die Verbesserung der Haltungsformen und Haltungssysteme für Nutztiere, um Tiergesundheit, die Reduktion des Einsatzes von Antibiotika und das Tierwohl zu verbessern. Darüber hinaus die nachhaltige Bewältigung der mit der hohen Viehdichte und der großen Anzahl von Biogasanlagen entstehenden Mengen von Gülle und Gärresten.

Die Landwirtschaft muss wieder die Deutungshoheit über das, was in der Landwirtschaft stattfindet, erlangen. Sie ist heute davon



weiter entfernt denn je. Der Präsident der DLG, Carl Albrecht Bartmer, sprach in diesem Zusammenhang von einer „Wagenburgmentalität“ bei den Landwirten. Der Erfolg zeigt, dass derjenige, der gestaltend mitwirkt, von der Politik ernst genommen wird. Die Bereitschaft, über Sachargumente miteinander zu reden, ist ungleich größer. Das sind die Erfahrungen, die wir als AEF auf den unterschiedlichsten politischen und Verwaltungsebenen machen konnten.

Dass wir frühzeitig die richtige Strategie gewählt haben, zeigen die zur Grünen Woche 2017 in Berlin veröffentlichten zehn Thesen der DLG. Sie haben dem Dialog zwischen Landwirtschaft, Politik und Gesellschaft eine zielführende Basis gegeben.

1. Wissen, Können und Wollen in Übereinstimmung bringen.

Der Landwirt braucht eine fundierte und umfassende Ausbildung und muss sich als ehrbarer Unternehmer von seinem Berufsethos leiten lassen.

2. Nährstoffüberschüsse, Artenrückgang, Klimawandel und Tierwohl in den Griff bekommen.

Dafür sind Innovationen notwendig. So werden die Produktionssysteme nachhaltig.

3. Innovationen ermöglichen.

Innovationsbereitschaft, Erfindergeist, Forschungsfreiheit und angemessenes Risikomanagement sind wesentliche gesellschaftliche Voraussetzungen für eine nachhaltige Landwirtschaft.

4. Tierhaltung zukunftsfähig machen.

Wirtschaftlichkeit und Tiergerechtigkeit sind in der Nutztierhaltung gleichermaßen wichtig. Zielkonflikte können durch präzise Tierbeobachtung, sorgfältige Tierbetreuung, gute Genetik und innovative Tierhaltungssysteme minimiert werden.

5. Pflanzenbau mit Umwelt- und Naturschutz in Einklang bringen.

Artenrückgang: Nährstoffüberschüsse und Resistenzen lassen sich vermindern. Sensibilisierung der Akteure, innovative Technik, leistungsfähige Sorten, präzise Düngemittel, wirksame und umweltverträgliche Pflanzenschutzmittel helfen dabei.

6. Die revolutionären Potenziale der Digitalisierung konstruktiv nutzen.

Der Strukturwandel gewinnt auch durch Digitalisierung weiter an Dynamik. Strukturen und Beziehungen in der Wertschöpfungskette Lebensmittel ändern sich fundamental. Digitalisierung sollte für nachhaltige Produktivitätssteigerungen genutzt werden.



7. „Faszination Landwirtschaft“ erklären.

Landwirte sollten sich der Auseinandersetzung mit der Gesellschaft stellen. Diese Auseinandersetzung sollte von allen Beteiligten fair und respektvoll geführt werden. Dazu gehören Zuhören, realistische Selbsteinschätzung, sachliches Argumentieren und mutige Handlungsbereitschaft.

8. EU-Agrarpolitik weiterentwickeln.

Mit öffentlichen Geldern sollten nachhaltige Produktionsweisen unterstützt werden. Anhand von Indikatoren sollten die so erbrachten Leistungen und die Wirksamkeit der Politikprogramme quantifiziert und transparent dokumentiert werden.

9. Internationalen Agrarhandel mit Zielen der Entwicklungspolitik in Einklang bringen.

Handel braucht verbindliche Standards zur Nachhaltigkeit, Good Governance und Korruptionsbekämpfung, um Produktionsdefizite auszugleichen und Wohlstand für alle Partner schaffen zu können.

10. Die Wertschöpfungskette Lebensmittel und den ländlichen Raum stärken.

Die Agrar- und Ernährungsbranche ist ein starkes Segment der Gesamtwirtschaft. Ohne eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft, die in einen vitalen ländlichen Raum eingebunden ist und die eine lokal produzierte Rohstoffbasis sicherstellt, wandert die Ernährungswirtschaft aus Deutschland aus.



Abb. 1: Vortrag des DLG-Präsidenten Dr. C.-A. Bartmer am 28.03.2017 im Rahmen der Mitgliederversammlung des Agrar- und Ernährungsforums Oldenburger Münsterland (AEF) im Kreishaus Vechta; v.l.: Dr. Hartmut Heinen (EKR Landkreis Vechta), Dr. C.-A. Bartmer (Präsident DLG), Uwe Bartels (Vorsitzender AEF)

Die Zeiten haben sich geändert: Entwicklung der Nutztierhaltung im Oldenburger Münsterland

In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war es ein unangefochtenes Ziel der Gesellschaft, den Lebensmittelmangel durch eine Intensivierung der Landwirtschaft (mehr Lebensmittelprodukteinheiten pro Zeiteinheit und Arbeitskraft) zu überwinden. Es gab keinen gesellschaftlichen Dissens über die Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Produktion – auch mit öffentlichen Fördermitteln – so zu modernisieren, dass alle Menschen in unserer Gesellschaft, auch diejenigen in prekären Einkommenssituationen, den gleichen Zugang zu qualitativ guten und gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln haben sollten.

Diese auf die Erwartungen der Gesellschaft (anfangs: ausreichende Lebensmittelversorgung, heute: für alle Menschen erschwingliche Lebensmittelpreise) und der in der Landwirtschaft Beschäftigten (Arbeitserleichterungen) ausgerichtete Zielstellung hat dazu geführt, dass unsere hoch leistungsfähigen Nutztiere in z.T. hoch technisierten Haltungssystemen leben.

Dies hat es ermöglicht, ausreichend hochwertige Fleischprodukte, Eier und Milch herzustellen, die zu weltweit vergleichbar niedrigen Preisen angeboten werden. Zusätzlich hat es dazu geführt, dass die in der Tierhaltung durchzuführenden Tätigkeiten heute oft unter Arbeitsbedingungen erfolgen, die immer mehr mit urbanen Arbeitsbedingungen zu vergleichen sind. Bei dieser erfolgreich auf stetige Leistungs- und Effizienzsteigerung der Lebensmittelerzeugung orientierten Entwicklung – zwar unter Einhaltung des jeweils gültigen Tierschutzgesetzes – stand aber über lange Zeit das Wohlbefinden der Tiere nicht im Vordergrund. Parallel dazu hat u.a. durch die fortschreitende Technisierung und viele weitere Faktoren eine Entfremdung zwischen Landwirtschaft und weiten Teilen der Gesellschaft stattgefunden. Die auf Effizienzsteigerung und Leistungsmaximierung orientierte Nutztierhaltung sowie das gegenwärtige System der Lebensmittelerzeugung stehen immer stärker unter gesellschaftlichem Rechtfertigungsdruck.

Auch künftig wird zur Ernährungssicherung für eine wachsende Weltbevölkerung, insbesondere unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, eine hohe Leistungsfähigkeit – auch bei der Produktion von Lebensmitteln tierischer Herkunft – erforderlich sein.



Globaler Markt – nationale Anforderungen

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft stellt – nach der Automobilbranche – die zweitgrößte Wirtschaftskraft in Niedersachsen dar. Die Nutztierhaltung im Oldenburger Münsterland ist für den deutschen Agrarsektor von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung. Rund 60% der landwirtschaftlichen Erlöse stammen aus der Tierhaltung. Sie gewinnt aber auch weltweit als stark expandierender Wirtschaftsbereich immer mehr an Bedeutung. Während sie in Teilen Europas stagniert, findet die Expansion in Asien, Südamerika, Afrika und Russland statt.

Die weltweit knapper werdenden Ressourcen werden bei zu erwartender steigender Nachfrage nach Lebensmitteln tierischer Herkunft eine weitere Intensivierung der Tierhaltung zur Folge haben. In den aufstrebenden Wettbewerbsstaaten werden Tierhaltungsanlagen – für uns Deutsche – in unvorstellbaren Größenordnungen gebaut, die entweder als Staatsbetriebe oder von Kapitalgesellschaften geführt werden. Die Produktionsbedingungen, die Sozial- und Tierschutzstandards sowie die Kontrolle ihrer Einhaltung sind oft deutlich schlechter als die in der Kritik stehenden deutschen Standards.

Für den Zeitraum von 2010 bis 2020 wird eine Steigerung der Gesamtfleischerzeugung von 287,4 Millionen Tonnen auf 327,2 Millionen prognostiziert. Heute werden nahezu 40% der Weltfleischproduktion grenzüberschreitend gehandelt. Brasilien steht mit Abstand an der Spitze der fleischexportierenden Länder. Die EU-27 ist nach wie vor Fleischexporteur. Sie konnte 2016 ein Rekordergebnis mit 6,54 Mio. Tonnen einfahren, das um 18,4% höher lag als 2015.

In Deutschland vereinen vier Top-Unternehmen im Lebensmitteleinzelhandel (LEH) über 85% des gesamten Food-Umsatzes. Der nationale LEH befindet sich in der komfortablen Situation, dass er durch das breite Angebot die Austauschbarkeit seiner Lieferanten bzw. der Ware behält und damit die Einkaufspreise diktieren kann. Seine Anforderungen an Qualität und Sicherheit setzt er bisher ohne Preishonorierung durch. Seit zwei Jahren ist er bereit, im Rahmen der Tierwohlinitiative für ein „Mehr“ an Tierwohl zu zahlen. Doch die Beträge reichen bei Weitem nicht aus.

Die Verbraucher erhalten eine breite Palette hochwertiger Lebensmittel zu niedrigen Preisen und machen davon regen Gebrauch. Andererseits kritisieren sie die heimischen Produktionssysteme der Nutztierhaltung und ihre Strukturen. Viele öffentliche Medien, weite Teile der Politik, die Kirchen sowie verschiedene Anspruchsgruppen



stehen der modernen Nutztierhaltung ebenfalls kritisch bis ablehnend gegenüber.

Das macht sich auch bemerkbar in der Abkehr von Verbraucher/innen von Fleisch und Fleischprodukten. Dies betrifft insbesondere Schweinefleisch. Flexitarier, Vegetarier und in letzter Zeit Veganer treten als Nachfrager von fleischlosen Produkten zunehmend auf. Wie die Entwicklung bei veganen Produkten weiter verläuft, wird man sehen. In Deutschland gibt es bisher keinen tragfähigen Konsens über den richtigen Umgang mit Nutztieren.

Wir haben viel erreicht – wir können aber auch viel verlieren! Ethische Verantwortung wahrnehmen – Zukunftsfähigkeit in der Nutztierhaltung herstellen

Die Region Oldenburger Münsterland ist wirtschaftsstark. Sie hat eine rasante Entwicklung genommen. Es gibt starke Unternehmen, finanziell gesunde Kommunen, eine gute Infrastruktur, ein vielfältiges Bildungswesen und zukunftssicheres Gesundheitswesen, Senioreneinrichtungen und ein attraktives kulturelles Angebot in den Städten und Gemeinden. Der Agrar- und Ernährungssektor verfügt im Oldenburger Münsterland über eine geschlossene Wertschöpfungskette, die in dieser Dichte beispiellos ist und die wirtschaftliche Stärke und Anpassungsfähigkeit an veränderte Bedingungen ausmacht. Dies alles steht auf dem Spiel, wenn nicht rechtzeitig auf sich ändernde Wertvorstellungen in der Gesellschaft reagiert wird.

Hauptgeschäftsführer Dr. Reinhard Grandke von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) sagt dazu in seinem Beitrag zu den DLG-Thesen („Raus aus der Abseitsfalle“, DLG-Landwirtschaft 2030): *„Eine Branche, die für sich in Anspruch nimmt, nachhaltig zu sein und über Generationen zu denken, muss einen Entwurf der Tierhaltung der Zukunft haben, der gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein sattelfestes Konzept anbietet. Hier ist die Branche pro-aktiv und nicht re-aktiv gefragt.“*

Deshalb hat sich das AEF seiner festgelegten Strategie entsprechend, frühzeitig pro-aktiv in die politische Diskussion mit eigenen Vorschlägen zur Vorgehensweise in der Tierwohlfrage eingebracht. Eines ist klar: Die Tierwohldebatte ist kein Zeitgeistphänomen, wie manche glauben. Sie ist auch bei veränderten politischen Verhältnissen auf Bundes- und Landesebene nicht umkehrbar. Die Entwicklung,



die Deutschland in dieser Frage heute durchläuft, wird auch in weiteren Ländern der EU zeitversetzt laufen.

Antreiber der Entwicklung in Deutschland sind die Medien, die NGOs (Nichtregierungsorganisationen), der LEH mit seinen Nachhaltigkeitsstrategien und Leitbildern sowie die Politik, die zudem noch im Wettbewerb der politischen Lager untereinander steht. Wir erleben in Deutschland einen nationalen Alleingang in dieser Frage. Deshalb ist ein behutsames Vorgehen, das das Risiko der Verlagerung der Tierhaltung in Länder minderer Tierwohlstandards im Blick hat, das Gebot der Stunde.

Das AEF hat deshalb 2014 zur EUROTIER ein Positionspapier vorgelegt, das die Unterstützung des Deutschen Tierschutzbundes und der niedersächsischen Landesregierung öffentlich erhielt. Darin ist die Bereitschaft der Agrar- und Ernährungswirtschaft des Oldenburger Münsterlandes unterstrichen, an der Umsetzung des Tierschutzplanes von Minister a.D. Gert Lindemann mitzuwirken. Gleichfalls sind aber Bedingungen formuliert worden, unter denen eine solche Unterstützung stattfinden kann.

Als Ziele wurden genannt:

- Wir, das Agrar- und Ernährungsforum Oldenburger Münsterland und die in ihm zusammengeschlossenen Unternehmen, wollen unsere Tierhaltung so ausrichten, dass sie den Tierwohl-Ansprüchen sowie den ethischen Ansprüchen der Gesellschaft an die Nutztierhaltung genügt.
- Wir wollen das Thema „Tierwohl“ für die gesamte Wertschöpfungskette in einem leistbaren und nachhaltig gestalteten strategischen Ansatz so angehen, dass die Nutztierhaltung auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie in der Praxis erprobter Haltungsbedingungen messbar verbessert und ökonomisch verträglich mit den gesellschaftlichen Erwartungen in Einklang gebracht wird.
- Wir sind offen für weitere – über den Tierschutzplan hinausgehende – Verbesserungen des Tierwohls, sofern die Wissenschaft durch belastbare Erkenntnisse die Notwendigkeit begründet, eine Folgenabschätzung stattgefunden hat und die gegebenenfalls entstehenden Mehrkosten durch den Markt oder durch staatliche Förderung aufgefangen werden.



Als wichtige Bedingungen wurden genannt:

- Der aktuelle Wettlauf unkoordinierter teilweise gegenläufiger Tierwohlaktivitäten auf nationaler Ebene muss aufhören.
- Eine umfassende und auch Nachhaltigkeit berücksichtigende Folgenabschätzung der jeweiligen Vorhaben des Tierschutzplans hat zwingend unter Beteiligung der Akteure der gesamten Wertschöpfungskette stattzufinden.
- Eine Festlegung von absoluten Umstellungsdaten sollte nicht stattfinden. Stattdessen ist es sinnvoll, zeitliche Meilensteine festzulegen, an denen wissenschaftliche sowie in der Praxis erprobte Erkenntnisse über Haltungsbedingungen bilanziert und ein weiteres Vorgehen mit neuen Wegmarken festgelegt wird, an deren Ende das gewünschte Ziel steht.
- Der LEH sollte über die bisherigen Aktivitäten hinaus stärker in die Verantwortung genommen werden, um für die Betriebe Planungssicherheit und damit wirtschaftliche Perspektiven zu gewährleisten.

Mit dieser Bereitschaft gelang der Durchbruch auf der politischen Ebene, als seriöser Partner wahrgenommen und behandelt zu werden. So konnten wir mit der ISN (Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands) unsere Bedenken und zielführenden Vorschläge zur bundesweit bekanntgewordenen „Ringelschwanzprämie“ beim niedersächsischen Agrarminister durchsetzen. Das befürchtete Blutbad im Schweinestall blieb aus. Die beteiligten Betriebe gehen sorgfältig und verantwortungsbewusst in kleinen Schritten voran und tauschen ihre Erfahrungen in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess aus.



Abb. 2: Veröffentlichung des Eckpunktepapiers von ISN (Interessengemeinschaft der Schweinehalter), AEF (Agrar- und Ernährungsforum Oldenburger Münsterland e.V.) und ML (Ministerium für Landwirtschaft) für eine effektive und praktikable Tierwohlförderung im Hinblick auf den Verzicht auf das routinemäßige Schwanzkupieren bei Schweinen; v.l.: Heinrich Dierkes (Vorsitzender der ISN), Minister Christian Meyer (ML), Uwe Bartels Min.a.D. (Vorsitzender AEF)

Wir halten die Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ aus Sicht des Tierwohls für zielführend, wenn ein hinreichend langer Anpassungszeitraum von 15 bis 20 Jahren und die notwendige finanzielle Begleitung von jährlich 3-5 Mrd. Euro/per annum – wie sie auch der Beirat fordert – zur Verfügung gestellt wird.

Die neun vom Beirat formulierten Leitlinien für eine zukunftsfähige Tierhaltung aus Sicht des Tierschutzes:

1. Zugang aller Nutztiere zu verschiedenen Klimazonen, vorzugsweise Außenklima,
2. Angebot unterschiedlicher Funktionsbereiche mit verschiedenen Bodenbelägen,
3. Angebot von Einrichtungen, Stoffen und Reizen zur artgemäßen Beschäftigung, Nahrungsaufnahme und Körperpflege,
4. Angebot von ausreichend Platz,
5. Verzicht auf Amputationen,
6. routinemäßige betriebliche Eigenkontrollen anhand tierbezogener Tierwohlintikatoren,
7. deutlich reduzierter Arzneimitteleinsatz (besser wäre hier von einem optimierten Arzneimitteleinsatz zu sprechen),
8. verbesserter Bildungs-, Kenntnis- und Motivationsstand der im Tierbereich arbeitenden Personen und
9. stärkere Berücksichtigung funktionaler Merkmale in der Zucht. (Grethe et al., 2015)

Anfang des Jahres 2017 konnte ich für das AEF – gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Kompetenzkreises Tierwohl, eingesetzt vom Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt, Gert Lindemann Minister a.D., Thomas



Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes (DTB), Minister Christian Meyer – unseren „Nationalen Aktionsplan als Grundlage einer zukunftsfähigen Agrar- und Ernährungswirtschaft in Deutschland“ auf einer Pressekonferenz in Berlin vorstellen.



Abb. 3: Förderung einer gemeinsamen Nutztierstrategie von Bund und Ländern im Rahmen einer Pressekonferenz am 13.01.2017 in der Niedersächsischen Landesvertretung in Berlin; v.l. Minister Christian Meyer (ML), Gert Lindemann Min.a.D. (Vorsitzender des BMEL-Kompetenzkreises Tierwohl), Uwe Bartels Min.a.D. (Vorsitzender AEF) sowie Thomas Schröder (Präsident des Dt. Tierschutzbundes)

Die Kernforderung, eine nationale Nutztierstrategie zwischen Bund und Ländern – auf Grundlage der Empfehlungen des Kompetenzkreises – gemeinsam aufzustellen und für eine ausreichende Finanzierung des Mehraufwandes bei den Landwirten seriös zu sorgen, wurde von allen Beteiligten geteilt. Nun heißt es für die Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene, diese Rahmenbedingungen verlässlich zu schaffen. Das ist schwierig genug. Die wesentlichen Entscheidungen sind zurzeit noch nicht getroffen.

Aber auch die Landwirte müssen bereit sein, diesen Weg mitzugehen. Er eröffnet Produktionssicherheit für die Zukunft. Der Tierhalter kann für sich entscheiden, welches Marktsegment – und da gibt es mittlerweile mehrere – er mit seiner Produktion bedienen will. Vom Wochenmarkt bis zum Weltmarkt, vom Standard- bis zum Premiumprodukt, stehen ihm – je nach betrieblicher Ausrichtung – die Märkte offen.

Nachhaltige Bewältigung der Nährstoffüberschüssen

Als weitere wichtige Herausforderung ist noch ein anderes Thema mit mehr als 40-jähriger Geschichte im Oldenburger Münsterland zu lösen: die Nährstoffüberschüssen, die aus der intensiven Tierhaltung und den Biogasanlagen noch auf eine umweltverträgliche Lösung warten. Auch bei diesem Thema ist viel Zeit vertan worden, um die Herausforderung

zu bewältigen. So waren die Gülle, der Geflügeltrockenkot, die Beeinträchtigung des Grundwassers mit Nitrat, die Luftbelastung mit unangenehmen Gerüchen jahrzehntelang ein Synonym für fahrlässigen Umgang mit Natur und Mensch. Dabei ist die Region mit ihren klugen kreativen Köpfen in den Unternehmen der Agrartechnik durchaus in der Lage, Problemlösungen zu erstellen. Die Nachfrage fehlte jedoch, bis heute.

Unter dem Druck der von der EU vor dem europäischen Gerichtshof gegen Deutschland eingereichten Klage wegen Verstoßes gegen die Wasserrahmenrichtlinien, ging der Streit auf Bundes- und Landesebene um die jahrelange Novellierung des Düngegesetzes und der Düngeverordnung. Der Kompromiss wurde nach zähem Ringen zwischen den Parteien im März 2017 vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Die neuen rechtlichen Regelungen und diesen vorausgegangenen Ermittlungen der Stoffmengen, der Stoffströme, der Versorgungsstufen der Böden und der Überschussmengen durch die zuständigen Fachbehörden, schaffen die Voraussetzungen, dass die Nährstoffe verantwortungsbewusst dort – im Rahmen guter fachlicher Praxis – eingesetzt werden, wo sie nutzbringend für die pflanzliche Produktion sind.

Auch hier war das AEF frühzeitig Initiator für Lösungen. Im Rahmen des Projektes „Bioenergie-Region Südoldenburg“ – gefördert vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft – wurden Aufkommen von Nährstoffen und Stoffströmen ermittelt, bewertet und Optimierungsmöglichkeiten erarbeitet. Techniken zur Konditionierung, Aufbereitung wurden unterstützt, bewertet und verglichen. Damit können wir heute den Landwirten eine große Anzahl von Verfahrensmöglichkeiten anbieten. Auch die gesamte Logistikkette ist – unter Transparenz-, Sicherheits-, aber auch Wirtschaftlichkeitsaspekten – bearbeitet worden, so dass auch hier verlässliche Lösungen vorliegen. Vollaufbereitungsanlagen sind in der Planung für Standorte im Oldenburger Münsterland, um auch von dieser Seite die Mengen in Angriff zu nehmen.

Ich habe seit Jahren jedermann gesagt, der es hören oder nicht hören wollte: Die Bewältigung der Überschussmengen an Nährstoffen ist die Achillesferse dieser Wirtschaftsregion. Wenn wir diese Herausforderung nicht packen, sieht dieser Wirtschaftsraum künftig anders aus, als er heute ist.

Die Stimmungslage – auch hier im Oldenburger Münsterland – hat sich massiv verändert. Die Bevölkerung drängt auf Veränderungen. Deshalb bin ich froh, und es stimmt mich zuversichtlich, dass jetzt



in neu gebildeten Arbeitsgruppen – jeweils auf Landkreisebene – die Aufgaben gemeinsam angepackt werden. Viele Ideen, was Fütterung, Stallbauten, Tierwohl oder Tiergesundheit anbelangen, werden zurzeit in den Betrieben entwickelt. Das ist gut so – für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaftsregion, die Zukunftsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der geschlossenen Wertschöpfungskette und nicht zuletzt für die Menschen, die eine lebenswerte und intakte Umwelt haben wollen.

Das Kraftzentrum Oldenburger Münsterland ist auf dem Weg

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft in Deutschland befindet sich bereits in einem Transformationsprozess. Der vor- und nachgelagerte Bereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft hat sich schon mit eigenen Ideen und Projekten in diesen Prozess eingebracht. Die Urproduktion betrachtet in großen Teilen diesen Veränderungsprozess mit Skepsis, teilweise mit Unverständnis und Ablehnung. Viele Landwirte – und das sind nicht nur die jüngeren – haben rechtzeitig die Zeichen der Zeit richtig gedeutet und aus freien Stücken für ihren Betrieb passende Lösungen zur Verbesserung des Tierwohls, der Tiergesundheit und zum fachgerechten Umgang mit Nährstoffen entwickelt. Sie bedienen mit ihren Produkten wachsende Nachfragesegmente und erzielen höhere Erlöse. Es muss gelingen, alle Landwirte für den Transformationsprozess zu gewinnen. Hier ist der landwirtschaftliche Berufsstand besonders gefordert. Er ist bisher eher Getriebener als Schrittmacher.

Nur durch pro-aktives Handeln lässt sich die Stärke des Wirtschaftsraumes Oldenburger Münsterland und seine Bedeutung für die Versorgung mit Nahrungsmitteln auf dem bereits erreichten hohen Sicherheits- und Qualitätsniveau erhalten und ausbauen.

Unbestritten sind noch viele Fragestellungen in Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis zu klären. Deshalb ist es gut, dass wir mit dem Forschungsverbund von fünf niedersächsischen Hochschulen zum Thema „Transformationsforschung in agrarischen Intensivgebieten“ und der in Vechta ansässigen Koordinierungsstelle beste Voraussetzungen für anwendungsbezogene Forschung und den Wissenstransfer in die Praxis haben. Hier geht es z.B. um Folgenabschätzungen und Kosten. Hier geht es um Fragen, in welcher Form die gesellschaftlich gewollten Ziele auch ökonomisch leistbar sind. Gleichwohl werden Kosten für Veränderungen in den Haltungssystemen, die



vom Markt nicht honoriert werden und die die Wettbewerbsposition der heimischen Unternehmen gefährden, vom Staat getragen werden müssen. Hierzu haben wir seit geraumer Zeit den Vorschlag gemacht, eine Abgabe auf jedes Kilo in Deutschland gehandeltes Fleisch zu erheben und einem Fonds zuzuführen, aus dem die Landwirte für ihren Mehraufwand einen Ausgleich erhalten. Damit wären auch die Importprodukte erfasst. Der über Jahre erfolgende Umbau oder Neubau von Stallanlagen ließe sich damit finanzieren.

Doch entscheidend wird nach wie vor der Innovationsgeist in den Köpfen der Menschen dieser Region sein, mit dem die Herausforderungen frühzeitig angepackt werden. Das hat auf vielen Themenfeldern in der Vergangenheit geklappt – warum sollte es bei den anstehenden Problemen nicht mehr gehen?



Werner Klohn

Jüngere stadtgeographische Entwicklungen in Vechta

Expansion und Wandel

In den letzten drei bis vier Jahrzehnten hat sich die Stadt Vechta sehr stark verändert, eine Entwicklung, die jüngst noch eine besondere Dynamik erhalten hat. Diese Veränderungen drücken sich einmal in einer sehr starken räumlichen Expansion der Wohn- und Gewerbegebiete aus, die die Folge des stetigen Wachstums von Bevölkerung und Beschäftigung sind. Der Anstieg von knapp über 23.000 Einwohnern zum Jahresende 1980 auf über 31.500 Einwohner zum Jahresende 2015 (ein Anstieg um 37%) erforderte den Neubau zahlreicher Wohnungen, wozu eine Reihe von Baugebieten ausgewiesen werden musste. Die Bautätigkeit hält unvermindert an, die Nachfrage nach Baugrundstücken oder umzuwidmenden Altbeständen ist sehr groß (Abb. 1).



Abb. 1: Die Nachfrage nach Wohnraum in Vechta ist immens. Nicht nur am Stadtrand wird intensiv gebaut, auch in schon länger bestehenden Wohngebieten wird erneuert und nachverdichtet.

Foto: W. Klohn